



# ICKINGER SCHAUKASTEN

Herausgegeben von der Ickinger SPD

Mai / Juni 1998

17. Jahrgang - 59. Ausgabe

*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,*

kein Zweifel, der Bundestagswahlkampf hat jetzt so richtig begonnen. Doch was ist das? Nicht die unerträglich hohe Arbeitslosenzahl, die Lehrstellenmisere oder die soziale Frage stehen bei den Regierungsparteien auf der Tagesordnung ganz oben. Nein, es wird eine absurd unrealistische Gefahr beschworen, Deutschland werde in Zukunft von Linksradiakalen regiert sein. Einen „glasklaren Lagerwahlkampf“ will die CDU führen. Die „politische Mitte“ wolle man wieder besetzen, die die SPD angeblich „aufgegeben“ habe und so weiter.

Was war geschehen? In einem kleinen Bundesland verliert die CDU ein Drittel ihrer Wähler.

Deutlicher kann einer Opposition das Mißtrauen nicht ausgesprochen werden. Die Regierungspartei SPD gewinnt moderat hinzu, ihr bisheriger Koalitionspartner und eine Besserverdienerpartei scheitern an der 5%-Hürde. Aber da war doch noch etwas. **Eine rechtsradikale, aus München gesteuerte Phantompartei gewinnt auf Anhieb 12 % der Stimmen!** Die einzig richtige und ehrliche Reaktion darauf, nämlich diese schlimme Entwicklung mit politischen Mitteln gemeinsam bekämpfen zu wollen, wird von der CDU torpediert. Mit der scheinheiligen Begründung, die PDS sei so linksradikal, wie die DVU rechtsradikal ist, will die CDU im Vorfeld der Verhandlungen zu einer großen Koalition das nicht, was sie in allen neuen Bundesländern praktiziert. Mit der PDS in einzelnen Sachfragen zu kooperieren. So mußte die große Koalition scheitern. Diese Taktik war der Landes-CDU diktiert worden, weil man in Bonn für die Bundestagswahl verzweifelt einen Popanz

braucht, um vom politischen Offenbarungseid abzulenken. Vier Jahre hat Reinhart Höppner unter schwierigen Umständen gut regiert und niemand kann sagen, die SPD wäre von der PDS vereinnahmt worden.

Wichtiger jedoch ist: In etwa 500 Kommunalparlamenten arbeiten CDU und PDS zusammen. Ein Viertel aller CDU Mandaträger im Osten sind ehemalige Blockflöten und haben Teilung und Unrecht genauso zu verantworten wie die ehemalige SED. Viele CDU Bürgermeister wurden erst mit den Stimmen der PDS gewählt. Auch in Landesparlamenten werden gemeinsame Anträge und Initiativen eingebracht. **Das ist Ostdeutsche Realität.** Und niemand stört sich daran. Die Ost-CDU ist deswegen auch sicher nicht „**demokratiefeindlich**“. Es bestehen auch bestimmt keine Zweifel an ihrer **Verfassungstreue**. Jeder weiß, daß man über ideologische Gräben hinweg zusammenarbeiten kann und muß, wenn es die Sache erfordert. Sachpolitik spielt aber bei einer Bundesregierung, die nach 16 Jahren die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Staatsverschuldung und die höchste Abgabenlast zu vertreten hat natürlich keine Rolle mehr.

Eine „Volksfront“ nach der Bundestagswahl wird es nicht geben und diese existiert nur in der Phantasie derjenigen, die diese Beschwörungsformel brauchen, um vom eigenen Versagen abzulenken. Vielmehr wird Gerhard Schröder eine rot-grüne Bundesregierung anführen, wenn es dafür keine Mehrheit geben sollte eine Große Koalition.

*Her Frank Jürg*

## ABSCHIED EINES LANGGEDIENTEN GEMEINDERATES

von Alfred v. Hofacker

„Der letzte SPD-Veteran“, so die SZ in ihrer Ausgabe vom 27.4.1998, verläßt den Gemeinderat. Grund genug für mich als einer aus dieser Veteranenriege etwas Rückschau zu halten und dabei die besonderen Verdienste von Gerd Jakobi zu würdigen, wenn es ihm auch sicher lieber wäre, die Arbeit der Veteranenriege der SPD insgesamt zu würdigen.

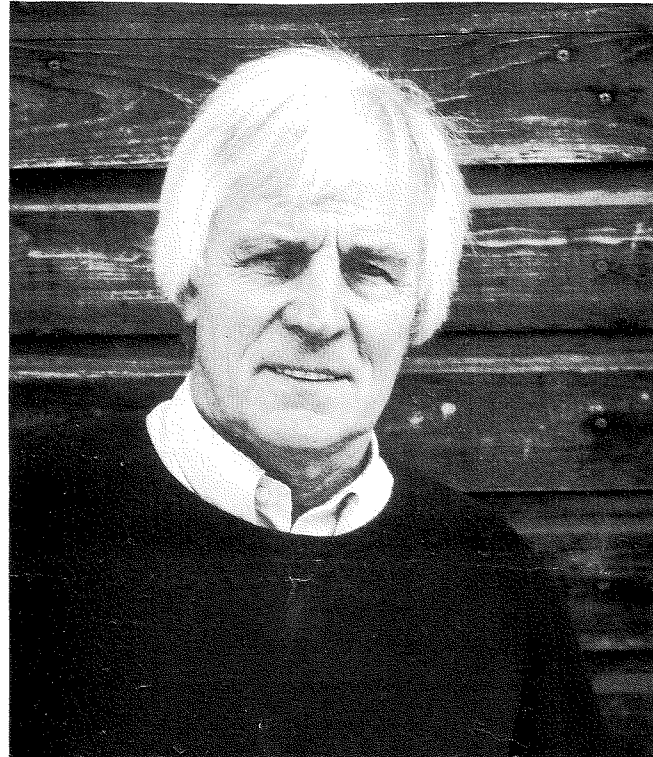
Gerd Jakobi und ich wurden 1984 erstmals in den Gemeinderat gewählt und wie wir beide heute noch glauben, half uns dabei das Stück „Die Lokalbahn“ von Ludwig Thoma, in welchem wir uns beide kurz vor der Kommunalwahl dem Ickinger Publikum als „gestandene“ Gemeinderäte vorstellten. Im Gemeinderat begrüßte uns dann der älteste unserer Veteranenriege, Pit Baumüller, der zu dieser Zeit bereits 12 Jahre dem Rat angehörte. Seine Erfahrungen erleichterten uns frischgebackenen Räten die Arbeit. Vor allem machte er uns vertraut mit den Geheimnissen der Entscheidungsfindung, bei der eben vieles nicht nur über den Kopf sondern auch durch den Bauch geht.

Bei der Wahl 1990 ließ sich Pit Baumüller nicht mehr aufstellen, dafür kehrte Florian Reichold in den Rat zurück, dem er bereits von 1978 bis 1984 angehört hatte.

### Herzblut investiert

Die Themen, denen wir uns von Anfang an annahmen, waren das Einheimischenmodell am Schäftlarn Weg, der Sportplatz mit seinem ursprünglich geplanten Standort hinter dem Gymnasium, Straßen- und Wegebau, die Planung eines Ortszentrums auf dem gemeindlichen Grundstück am Wenzberg sowie in den letzten Jahren die Kanalisation, um nur die wichtigsten Projekte zu nennen. Bei all diesen Themen hatte Gerd Jakobi wie es Bürgermeister Guggemos bei der Verabschiedung in der Gemeinderatssitzung vom 18.5.1998 nannte, sein Herzblut investiert. Noch in seinen Dankesworten in dieser Sitzung appellierte Gerd an den Bürgermeister und an den

Rat, das Einheimischenmodell am Schäftlarn Weg nicht aus den Augen zu verlieren und wenigstens eine Bedarfsermittlung zu veranlassen, bevor das Grundstück möglicherweise einem anderen Verwendungszweck zugeführt wird. Es war für Gerd Jakobi bis zu seinem Ausscheiden aus dem Rat selbstverständlich, dem Arbeitskreis Einheimischenmodell anzugehören, wo er den 1996 neu in den Rat gewählten Damen und Herren den Werdegang des Einheimischenmodells am Schäftlarn Weg näher bringen konnte.



Gerd Jakobi - 14 Jahre Gemeinderat

Nicht weniger intensiv setzte sich Gerd Jakobi für den Standort des Sportplatzes hinter dem Gymnasium ein. Auch hier gehörte er dem Arbeitskreis Sportplatz an und wirkte federführend an der Sportplatzbroschüre mit, in der die Bürger vor dem Volksentscheid umfassend über das Projekt informiert wurden.

### Einheimischenmodell, Straßen- und Wegebau

Der Straßen- und Wegebau in unserer Gemeinde trägt wohl am deutlichsten die Handschrift von Gerd Jakobi. Dies wurde auch von Herrn Guggemos bei der Verabschiedung so gesehen. Als Anlieger der Kirchenleite verfocht er leidenschaftlich einen neuen Kurs, nämlich schmalere Straßen und Wege und wo immer möglich weg

von der Oberflächenversiegelung. Straßen von 6 m Breite und mehr, wie sie in älteren Bauplänen die Regel waren, gehören wohl endgültig der Vergangenheit an. Leider war es dem Gemeinderat Gerd Jakobi nicht mehr vergönnt, während seiner Wahlperiode die Rückführung der B 11 im Bereich der Ortsdurchfahrt zu erleben. Dafür macht der von ihm als begeisterter Radler verfolgte Bau des Radweg von Icking nach Wolfratshausen - wie wir alle sehen können - gute Fortschritte.

### Kanalbau in Icking

Die Planung der Kanalisation schließlich war Gerd als Ingenieur von Anfang an auf den Leib geschneidert. Ich werde es nie vergessen, wie sich die Veteranenriege im Jahr 1994 oder 1995 zu einer zweitägigen Klausurtagung in einem verlassenen Anwesen am Ammersee zurückzog und über den Plänen der Kanalisation und den Kostenansätzen brütete. Mit Taschenrechner, Zentimetermaß und Stechzirkel wurden da die Kanaltrasse nachgezeichnet und Vorschläge erarbeitet, wie Kosten eingespart werden können. Gerd war es dann auch, der sich für den Projektsteuerer einsetzte, der inzwischen sein Geld wert ist.

Rückblickend betrachtet war Gerd Jakobis Gemeinderatstätigkeit in jeder Hinsicht ein Gewinn für die Entwicklung unserer Gemeinde. Sein Engagement hat zu mancher leidenschaftlichen Diskussion geführt. Es ging Gerd Jakobi dabei jedoch immer um die Sache. Sein geselliges Gemüt machte es ihm möglich, entstandene Irritationen im Anschluß an die Sützung oftmals schon am gleichen Abend bei einem Glas Bier zu beseitigen. Ich bin sicher, daß Gerd Jakobis Sachverstand und sein lebhaftes Interesse für die Belange dieser Gemeinde uns auch in Zukunft begleiten werden. Die Veteranenriege der SPD wird jedenfalls auch außerhalb des Rates politisch präsent bleiben.

Danke Gerd !

#### Impressum

Herausgeber: SPD Icking, V.i.S.d.P.: Frank Jaeger, Irschenhauser Str. 75, 82057 Icking. Redaktion: E.v. Savigny, A.v. Hofacker, F. Jaeger. Inhalt AVANTI: S. Noll. Druck: Fa. Paetzmann, Wolfratshausen. Auflage: 1.200 Stück gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

## SCHULE KÖNNTE SO SCHÖN SEIN ! Die Landtagswahl am 13. September als Bildungswahl

von Fabian v. Xylander

Euro, Ausländerzuzug, Kriminalität - mit diesen Themen und den damit verbundenen Ängsten möchte die CSU die bayerische Landtagswahl gewinnen. Auf diesen Gebieten versucht Edmund Stoiber den starken Mann zu spielen. Wir sollten uns davon aber nicht ablenken lassen: Die Zuständigkeiten für diese Bereiche liegen ganz überwiegend beim Bund. Zuständig ist also Bonn und nicht München.

Für Bayerns Schulen trägt jedoch die Bayerische Staatsregierung die alleinige Verantwortung:

- Bayern hat mit durchschnittlich 24,3 Schülern pro Klasse die größten Grundschulklassen aller westlichen Bundesländer.
- 5.057 Klassen hatten im letzten Schuljahr über 30 Schülerinnen und Schüler, das sind 611 Klassen mehr als ein Jahr zuvor. 157.000 Schulkinder sitzen in überfüllten Klassenzimmern mit mehr als 30 Schülern!
- Bei den tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden pro Schüler liegt Bayern im Vergleich mit allen Bundesländern im hinteren Mittelfeld.
- Trotz des Anstiegs der Schülerzahlen zwischen 1988 und 1996 um 200.000 Kinder wurden in Bayern nur 20% der erforderlichen Lehrkräfte eingestellt. Gleichzeitig stehen 4.000 best- und teuer ausgebildeter Lehrkräfte auf der Straße.
- Bayern hat mit 19% die geringste Abiturientenquote.
- Mit 22,7% haben nur noch zwei Bundesländer einen höheren Anteil an Beschäftigten ohne Berufsausbildung.
- Der von der Staatsregierung gerade unterschlagene Bayerische Sozialbericht weist nach: Bayern hat den höchsten Anteil von Schülerinnen und Schülern an Hauptschulen aufzuweisen. Seit 1990 ist der Anteil der Schulentlassungen ohne Schulabschluß in Bayern bei konstant 8% geblieben. Die besondere Förderung schwacher Schülerinnen und Schüler findet im bayerischen Schulsystem nur sehr bedingt statt. Der Sozialbericht spricht von „Bildungs- und Ausbildungsarmut“ in Bayern.

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 5

Die Ickinger Sozialdemokraten laden ein:

# FABIAN v. XYLANDER

Kandidat zum Bayerischen Landtag

„Schule könnte so schön sein...“

Vortrag mit Podiumsdiskussion und Gästen

Es spielt die Theatergruppe der Ickinger SPD nach Motiven von

## Ludwig Thoma

„Professeor Semmelmaier“

und

„Der Kindlein“

Dienstag, 30. Juni 1998, 20.00 Uhr  
im Gasthog „Rittergütl“ in Irschenhausen

Eintritt frei

Fortsetzung von Seite 3

Das alles beweist: So häufig Ministerpräsident Stoiber große Worte über die heraufziehende Informationsgesellschaft, über Globalisierung und permanent wachsende Anforderungen an Wissen und Können im Munde führt, so wenig ist sein Kultusminister Zehetmair in der Lage, bildungs- und schulpolitische Weichen dafür zu stellen. Jetzt, kurz vor der Wahl, hat die CSU den Reformbedarf an den Schulen entdeckt, nachdem sie jahrelang jede Initiative der SPD niedergestimmt hat.

Für die SPD sind zentrale Punkte einer überfälligen Schulreform:

- ❖ **Keine Klassen über 30.** Anzustreben ist eine Klassenstärke von 25.
- ❖ **Einstellung von 1.000 neuen Lehrern pro Jahr.**
- ❖ **Rücknahme der Stundenkürzungen.** Das Zehetmairsche Bildungsdumping ist unverantwortlich. Stundenkürzungen in der Kollegstufe gehen zu Lasten der Qualität. Drei Monate weniger Rechnen, Lesen, Schreiben in der Grundschule, acht Wochenstunden weniger in der Hauptschule, da bleibt keine Zeit für pädagogische Förderung, für Erklären und Üben.
- ❖ **Mehr Selbständigkeit für die Schulen.** Statt an der kurzen Leine der Kultusbürokratie zu hängen, brauchen Schulleitung, Lehrer und Eltern mehr Gestaltungsspielraum und Eigenverantwortung. Für eigene Programme muß der dazu notwendige Freiraum in den Lehrplänen geschaffen werden.
- ❖ **Die Schulaufsicht soll zur Schulberatung umgewandelt werden.** Dafür sind die notwendigen Instrumente für eine schulinterne und -externe Beurteilung zu entwickeln.
- ❖ **Vor allem muß LERNEN gelehrt werden.** Innovationen sind pädagogisch überfällig. Fächerübergreifender Unterricht und handlungsorientiertes Arbeiten, Teamarbeit sind gefragt. Auch darauf muß man die Lehrpläne abstimmen. Die Schularten müssen inhaltlich weiterentwickelt und flexibel gestaltet werden. Die Einschulung in die Grundschule darf nicht so schablonenartig erfolgen. Vorbilder in anderen Ländern belegen die Vorteile für Kinder und Schule.
- ❖ Schule muß Erfahrungs- und Lebensraum werden. **Die Grundschulen müssen daher Schritt für Schritt in zuverlässige**

**Halbtageschulen mit Betreuungsangeboten bis 14.00 Uhr umgewandelt werden.** Dafür ist es notwendig, die Schulen für Umgebung und Lebensumfeld der Kinder zu öffnen, intensiven Kontakt zu Vereinen, Verbänden und Beratungsstellen zu pflegen und PRAKTIKER in den Unterricht mit einzubeziehen.

- ❖ **Das Schulforum muß gestärkt werden.** Das bedeutet die Einbindung von Elternvertretern beispielsweise bei Lehrerkonferenzen, Projektwochen oder etwa der Hausordnung.
- ❖ **KEINE SECHSSTUFIGE REALSCHULE!** Bei Einführung der von der CSU geforderten sechstufigen Realschule schon nach der 4. Klasse wird der Auslesedruck an der Grundschule noch größer, noch belastender für Kinder, Eltern und Lehrer. Nach den Plänen Zehetmairs bräuchte man für den Übertritt an das Gymnasium die Note zwei in Deutsch und Mathematik, für die Realschule die bisherige GYMNASIALEIGNUNG (=Notendurchschnitt 2,33 in Deutsch, Mathematik und Heimat- und Sachkunde). Der Zwang, bereits in der 4. Klasse endgültig über die Schullaufbahn zu entscheiden, verbaut Lebens- und Berufschancen vieler Kinder. Bei flächendeckender Einführung der sechstufigen Realschule wären im Landkreis Teilhauptschulen von der Schließung bedroht. Dann verschwinden weitere wohnortnahe Schulen
- ❖ **Wir wollen daher die Klassenstufen 5 und 6 als flexible Orientierungsstufen gestalten.** Hierfür sind Lehrplan und der Pflichtbereich der Stundentafel für alle Schularten einheitlich zu gestalten. Darüber hinaus wollen wir eine Niveaudifferenzierung und Förderkurse in Deutsch, Mathematik und Englisch ermöglichen.

In den 70er Jahren hat die SPD mit ihrer Forderung „BILDUNG FÜR ALLE“ die Weichen für einen Aufbruch in eine bessere Zukunft für die jungen Generationen gestellt und Chancengleichheit verwirklicht. Es wird erneut unsere Aufgabe sein, die Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik zu korrigieren, die alarmierenden Qualitätsverluste an den Schulen zu beheben und eine überfällige pädagogische Reform einzuleiten.

**Schule könnte so schön sein. Besser: Schule könnte so gut sein! Machen Sie die Landtagswahl am 13. September zur Bildungswahl!**

große

## AVANTI!

Das Jugendmagazin im Schaukasten

große

### ACTION IN DER PLATTE

von Sebi Noll, zur Zeit Leipzig

Aus guten Gründen dominierte das Ickinger Jugendcafe die Themenpalette der letzten Ausgaben des Avanti. Arbeit, Probleme und Erfolg sollen ja auch dargestellt werden. Doch wagen wir einmal einen seltenen Blick über den Tellerrand der eigenen Gemeinde, betrachten wir einen Jugendtreff im Leipziger Stadtteil Grünau. In der 70.000 Einwohner zählenden Plattenbausiedlung gibt es u.a. die Freizeitstätte Olympic. Was dort Jugendarbeit bedeutet und welche Probleme es gibt - ich sprach mit dem Leiter Gerhard Matthis.

*AVANTI: Seit wann besteht der Treff und wie seit ihr organisiert?*

Matthis: Bald können wir unser 10-jähriges Bestehen feiern. Zum Personal gehören zwei Sozialpädagogen und eine ABM-Kraft (=Arbeitsbeschaffungsmaßnahme). Wir alle sind Angestellte des Jugendamtes Leipzig.

*AVANTI: Was ist Sinn und Anliegen eurer Einrichtung?*

Matthis: Wir versuchen den Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen. Mehr nicht, aber auch nicht weniger.

*AVANTI: Und was darf man sich darunter vorstellen?*

Meistens läuft hier die sogenannte offene Jugendarbeit. Das ist der übliche Betrieb mit Plaudern, Musik hören, Kickern, Billard etc., also weitestgehend Selbstbeschäftigung. Darüber hinaus haben wir Betreuer natürlich immer ein offenes Ohr für die Probleme der Kids und machen nebenbei die Hintergrundarbeit für unsere Projekte. An Projekten läuft zum Beispiel eine Fotogruppe, die gerade mit selbstgeschossenen Portraitaufnahmen eine Wanderausstellung durch andere Jugendzentren plant. Die Kunstwerke auf den Außenwänden stammen von der Graffiti-AG, die als nächstes im Auftrag der Stadt die monotonen Traföhäuschen besprühen wird. In Kooperation

arbeiten eine Video- und Computergruppe, daneben gibt es noch andere Teams...

*AVANTI: Aber welche Rolle spielen dabei die Betreuer?*

Matthis: Wir Betreuer sehen uns in einer Berater- und Begleiterfunktion, tonangebend sind nach Möglichkeit die Jugendlichen selbst.

*AVANTI: Mit wievielen Jugendlichen und aus welchem Umfeld habt ihr es zu tun?*

Matthis: Täglich kommen etwa 45 Jugendliche, jedes Projekt hat ca. 5-6 Aktive. Sie stammen überwiegend aus bescheidenen Verhältnissen, vielfach auch mit familiären Problemen und viele von ihnen finden nach dem Abschluß keine Arbeit. Wir versuchen deshalb diejenigen Unternehmen die für Stadt und Jugendamt arbeiten zur Aufnahme von Praktikanten oder Azubis zu bewegen. Allerdings ist das zur Zeit äußerst schwierig.

*AVANTI: Resultieren aus der sozialen Situation Probleme? Wie stehts mit Rechtsradikalismus und ist die Jugend überhaupt politisch interessiert?*

Matthis: Speziell in unserer Einrichtung habe ich noch keine Probleme mit rechtsradikalen Jugendlichen gehabt, aber wir wissen, daß andere Jugendeinrichtungen damit durchaus zu kämpfen haben. Erstaunlich ist, daß die Jugendlichen politisch total passiv sind. Diskussionsrunden u.ä. sind angeleiert worden und auf breite Ablehnung gestoßen. So gut viele Projekte funktionieren, so wenig besteht andererseits Interesse für gesellschaftliche Themen, geschweige denn an Politik.

*AVANTI: Was bringt die Zukunft?*

Matthis: Überall gibt es das Problem leerer Kassen. Noch können wir uns relativ gut halten und müssen bei knappen Kassen halt möglichst viel improvisieren. Aber wir sind zuversichtlich, da nach dem Freizeitstättenplan der Stadt Leipzig unsere Einrichtung für mindestens 5 weitere Jahre erhalten bleibt.

*AVANTI: Vielen Dank für das Gespräch.*

**Sebi Noll führte das Gespräch mit Gerhard Matthis im Frühjahr 1998 noch vor der Wahl in Sachsen-Anhalt, in der mehr als 30 % aller Erstwähler (18-22 Jahre) rechtsradikal gewählt haben. Das muß uns zu denken geben. F.J.**